



LANGENER ZEITUNG

März 2005 • Ausgabe Nr. 108

Herausgeber:
Stadtratsfraktion und SPD Ortsverein Langen
www.langen-spd.de

Redaktion:
Christine Sturmheit-Alester, Klaus Kreowski,
Johann Lüdemann, Dr. Uwe Nixdorf

Verantwortlich i.S.d.P.:
Christine Sturmheit-Alester

Layout/Herstellung:
Druckstudio Digital Concept, Bremerhaven

Debstedt • Holßel • Hymendorf • Imsum • Krempel • Langen • Neuenwalde • Sievern



Rotraut Keßler
Ortsbürgermeisterin in Langen

Es war schon immer eine große Verpflichtung für die Gruppe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, sich in unserer Stadt Langen für gute Lernvoraussetzungen in guten Schulgebäuden einzusetzen. Erinnert sei an den Kraftakt, den Neubau einer Grundschule einzufordern, gegen die Einsicht des Landkreises Cuxhaven und der Stadtverwaltung. Nur durch die akribisch erarbeiteten Fakten von Dr. Uwe Nixdorf und die Verhandlungstaktik von Peter Faße und Hans Winkler wurde die posi-

Die Turnhalle der Grundschule am Hinschweg gehört saniert Kein Umdenken bei der CDU-Fraktion möglich

tive Entscheidung möglich. Der Neubau, die Grundschule am Wilden Moor, ist eine hervorragend ausgestattete Schule geworden mit einer eigenen Turnhalle.

Parallel dazu mahnte der damalige Fraktionsvorsitzende Hans Winkler immer wieder Renovierungsbedarf bei den beiden anderen Grundschulen an. Es erfolgten zwar Reparaturen, aber kaum Neuanschaffungen. Erst im Jahr 2002 wurde ein Gebäudekataster und damit ein Sanierungsplan für die Grundschulen Am Hinschweg und in Neuenwalde erstellt.

Der erste große Einbruch kam im Februar 2004. Das Flachdach des kleinen Gebäudes musste sofort saniert werden. Damit waren fast alle Mittel aufgebraucht, die für andere Sanierungsmaßnahmen vorgesehen waren. Diese Vorhaben wurden auf das Jahr 2005 verschoben. In diesem Jahr hat sich als ganz dringlich die

Sanierung der Turnhalle herauskristallisiert. Im Haushalt sind 142.500 € veranschlagt, aber nur 22.000 € direkt für die Turnhalle.

Das bedeutet, dass es nur eine Minimallösung geben wird. Das bedeutet auch, dass der Sportunterricht immer wieder mit Unterbrechungen zu rechnen hat und die Mitglieder

der Sportvereine weiterhin total veraltete und gesundheitsgefährdende Sanitäranlagen benutzen müssen.

Angesichts dessen wurde von der Gruppe SPD, Bündnis 90/Die Grünen in der Stadtratsitzung vom 31.1.05 der Antrag gestellt, die Sanierung der Turnhalle als ein Ganzes zu behandeln und 35.000 €

zusätzlich zu bewilligen. Damit keine neuen Schulden entstehen, war als Deckungsvorschlag eine Reduzierung der geplanten Ausgaben für Wirtschaftswege beantragt. Außer Anfeindungen und Beschimpfungen, wir würden uns auf Kosten der Schüler profilieren wollen, gab es keine Argumente von der CDU Fraktion gegen diese Anträge. Es war nicht einmal ein Ansatz von Verständnis zu verzeichnen.

Als Ortsbürgermeisterin von Langen kann ich diese Ablehnungen nicht nachvollziehen und erst recht nicht verstehen. Ich behaupte, dass das Verständnis und die Einsicht bei den betroffenen Landwirten vorhanden gewesen wäre wenn sie mit einem kleinen Verzicht bei den Wirtschaftsweegen für lediglich ein Jahr dazu hätten beitragen können, das Lernumfeld ihrer Kinder und Enkel zu erhalten und zu modernisieren.



Haushalt 2005:

Pro-Kopf Verschuldung steigt auf 1.540,00 €



Christine Sturmheit-Alester

Wir haben in der Stadt Langen noch nie einen so hohen Schuldenstand gehabt, obwohl wir durch den Verkauf des Abwassers im letzten Jahr erhebliche Einnahmen verzeichnen konnten.

Der Schuldenstand erhöht sich - entgegen der Berichterstattung in der Nordsee-Zeitung - am Ende diesen Jahres voraus-

sichtlich auf 28,8 Millionen €, das entspricht einer Pro-Kopf Verschuldung von rd. 1.540 €. Den letzten ausgeglichenen Haushalt hatten wir 1995, seit dem ist unser strukturelles Defizit im Verwaltungshaushalt immer größer geworden.

Sicherlich ist richtig, dass wir selbst bei Streichung aller freiwilligen Leistungen den Haushalt schätzungsweise einschließlich der Regiekosten vielleicht um eine Million € entlasten könnten. Bei einem strukturellem Fehlbedarf von rd. 2,6 Millionen € würde dies nur eine geringe Entlastung bringen. Sicherlich ist auch richtig, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer und der Einkommenssteuer den Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt nicht decken werden, obwohl sie sich durchaus positiv entwickelt haben.

Dies darf aber nicht dazu führen, dass wir uns als Kommunalpolitiker zurückziehen. Wir sind vielmehr aufgerufen, überparteilich konstruktive Vorschläge zu unterbreiten, wie wir

aus dieser Misere herauskommen. Beverstedt hat es uns vorgemacht. Dort hat sich die Politik zusammengesetzt, um zunächst zu klären, wo Beverstedt eigentlich einwohnermäßig hin will. Das heißt, wieviele Einwohner werden benötigt, um die vorhandene Infrastruktur und die Schulen und Kindergärten optimal zu nutzen, aber auch, wieviele Einwohner kann die Gemeinde verkraften, ohne neue Schulen und Kindergärten zu bauen. Das ist genau der Punkt. Wir halten dies für den richtigen Weg. Wir sollten uns parteiübergreifend zusammensetzen, um genau dies zu klären.

Dies insbesondere auch vor dem Hintergrund des von der CDU auf „Teufel komm raus“ geplanten Baugebietes Langer Berg. Allein die Erschließung dieses Baugebietes hat die Verwaltung bisher mit rd. 1,5 Millionen € beziffert. Hierin noch nicht enthalten sind die Kosten für den Ankauf des Grundstückes von dem Verein Museumsbahn e. V., ganz zu schweigen von den weiteren Kosten,

unter anderem für die Verlegung des Bahnhofs sowie der Errichtung eines Wartehauses und die Erstellung eines Parkplatzes. Alles Arbeiten, dessen Übernahme offensichtlich der ehemalige Stadtdirektor Seefeldt dem Verein versprochen hat. Allein für den Ankauf des Grundstückes sind 55.000,00 € im Vermögenshaushalt 2005 vorgesehen.

Da wir zum einen die genauen Fakten und getroffenen Absprachen zwischen der Verwaltung

und dem Verein noch nicht kennen und wir zum anderen bekanntermaßen die Bebauung des Langer Berges ablehnen, haben wir die Streichung dieser Mittel im Haushalt beantragt.

Wir sollten aber nicht nur parteiübergreifend über die generelle Zukunft Langens reden, sondern angesichts der prekären Haushaltssituation noch mal wieder den Versuch starten, ein Haushaltskonsoli-

Weiter auf Seite 4



Nach dem Rücktritt von Hans Winkler als Ortsbürgermeister wurde in Langen neu gewählt. Obwohl es für das Amt jeweils einen männlichen Gegenkandidaten der CDU gab, setzten sich bei der Wahl die beiden Frauen der SPD durch. Ortsbürgermeisterin wurde Rotraut Keßler und Renate Jachenholz stellvertretende Ortsbürgermeisterin.



Dr. Uwe Nixdorf

Die CDU-Fraktion versucht in enger Koalition mit der Stadtverwaltung das Baugebiet „Langer Berg“ durchzupeitschen. Wider jeder vernunftbetonten Argumentation wird dieses Ziel unbeirrt verfolgt. Die Interessen der Bürger der Ortschaft Langen werden vollkommen ignoriert, wobei man wissen muss, dass die Mehrheit der CDU-Ratsfrauen und -männer aus den umliegenden Ortschaften stammen.

Das bisher zwar ungeschriebene aber doch von allen weitestgehend eingehaltene Gesetz, die Wünsche der einzelnen Ortschaften zu respektieren, wird hier völlig übergangen. Was ist die wahre Motivation von CDU und Verwaltung? Wir haben auf diese Frage noch keine Antwort erhalten. Ebenso unbeantwortet geblieben ist die Frage, warum die UDG (eine Tochtergesellschaft der EWE) als Erschließungsträger auftreten soll. Bisher liegen haarsträubende Vertragsentwürfe vor, die bei einem Abschluss der Stadt Langen enorm

Nördlich der Debstedter Straße Alternative zum Baugebiet Langer Berg

Bebauungsplan „Langer Berg“ - Abschluss eines Erschließungsvertrages - Tagesordnungspunkt in der Stadtratsitzung am 14. 03. 2005 um 19.00 Uhr in Krempel, Dorfgemhaus

me neue Schulden aufbürden könnten.

Die Argumente gegen den Langer Berg sind hinlänglich bekannt: Zu groß, zu teuer, zu unsinnig. Welcher vernünftige Mensch kann darauf kommen, dass die Ortschaft Langen zusätzlich 300 neue Bauplätze in der Höchstpreiskategorie braucht? Gleichzeitig erweisen sich zahlreiche wesentlich günstigere Bauplätze als unverkäuflich. Es ist zur Zeit und in absehbarer Zeit kein nennenswerter Markt mehr hierfür vorhanden.

Die CDU-Planung sieht vor, dass in einer ersten Phase 40 Grundstücke auf der Höhe des Langener Bahnhofs erschlossen werden. Dafür müsste der Bahnsteig zunächst der Museumsbahn abgekauft und verlegt werden. Zusätzlich müssten Parkplätze und ein Häuschen für die Museumsbahn erstellt werden. Außerdem gibt es noch Nebenabreden zwischen dem ehemaligen Stadtdirektor und der Museumsbahn. Kostenpunkt dieser Aktion, die ausschließlich zu Lasten der Stadt Langen gehen würde? Genaueres weiß man nicht. Schätzungen bewegen sich zwischen 200.000 und 500.000 Euro.

Die äußere Erschließung für das Baugebiet wird jedoch zu dem größten Problem. Die Zufahrt soll über die Gleise und zur Leher Landstraße führen. Auch wenn hier nur Gleise der Museumsbahn gekreuzt werden: Die Bahnkreuzung muss genauso aufwendig gestaltet werden wie die Kreuzung einer Intercity-Strecke. Sehr teuer. Teure Ampeln sollen an der Leher Landstraße installiert werden. Und wer trägt die Folgekosten? Ersatzmaßnahmen für die Landschaftsvernichtung müssen bezahlt werden. Im Osten des Baugebietes, da, wo die Stadt Langen ihre Grundstücke hat, muss eine zweite Bahnkreuzung geschaffen werden. Ebenfalls sehr teuer. Obwohl die Kosten dieser äußeren Erschließung ein Knackpunkt des ganzen Projekts sein können, hat die Verwaltung noch immer keine genauen Zahlen. Man schätzt über den breiten Daumen mal Wetter mal Wochentag, dass etwa vielleicht eventuell unter Umständen 15 Euro pro Quadratmeter Baugrundstück dabei herauskommen könnte. So wird die Vernichtung einer von den Langener Bürgern geschätzte Landschaft von der Verwaltung und der CDU geplant.

Aber angenommen, wir würden tatsächlich in den nächsten Jahren zusätzlich noch 20 bis 30 Grundstücke gebrauchen? Woher dann nehmen? Es gibt eine sehr alte Planung aus den 70er Jahren. Der damals gestaltete Stadtentwicklungsplan sah eine Weiterentwicklung der Bebauung zwischen dem Schulzentrum und Debstedt nördlich der Debstedter Straße vor.

Dieses Gebiet hätte für eine Bebauung zahlreiche Vorteile. Zum einen ist es klein parzellierbar. Man könnte kleine Einheiten von 20 - 30 Grundstücken planen, so wie sie in der heutigen Zeit von Erschließungsträgern bevorzugt werden, da die Nachfrage ja stark nachgelassen hat. Andererseits könnten bedarfsgerechte Erweiterungen leicht durchgeführt werden. Anders als am Langer Berg, wo man gezwungen ist, das ganze Gebiet zu erschließen, um die außerordentlich teure äußere Erschließung umlegen zu können.

Nördlich der Debstedter Straße sind keine teuren äußeren Erschließungen oder gar Bahnquerungen nötig. Eine Anbindung an die Debstedter Straße ist vorhanden oder kann leicht

erweitert werden. Hier bestünde die berechtigte Hoffnung, dass der Verkehr sich Richtung Autobahn orientieren würde, anders als am Langer Berg, wo der zusätzliche Verkehr auf der ohnehin schon überlasteten Leher Landstraße noch zu weiteren Staus beitragen würde.

Das Gebiet nördlich der Debstedter Straße hätte viele Vorteile gegenüber dem Gebiet am Langer Berg, nicht nur weil die Grundstückspreise sehr viel moderater wären. Am Langer Berg würde wohl ein Millionärsviertel entstehen.

Aber bei allen Überlegungen sollte man eines nicht außer Acht lassen: Wir benötigen dringend eine über alle Ortschaften gelegte Stadtplanung. Bisher gab es nur eine Wurstelei. Willkürlich ließ man ohne jedes Konzept neue Siedlungen entstehen. Wir müssen inzwischen feststellen, dass uns diese Vorgehensweise viel Geld gekostet hat, weil unter anderem eine neue Schule und zusätzliche Kindergartenplätze wegen des ungeplanten starken Zuzugs geschaffen werden mussten. Wir müssen endlich Antworten auf die Frage finden, wie sich Langen entwickeln soll.

„Neujahrsklönchnack“ mit Sigmar Gabriel

Klaus Kreowski

Sigmar Gabriel, Fraktionsvorsitzender der Landes-SPD, war Gastredner auf dem Neujahrsklönchnack der Arbeitsgemeinschaft 60plus der Kreis-SPD.

Gabriel hatte nach der Landtagswahl 2003 überlegt, sich ein Standbein außerhalb der Politik zu schaffen und deshalb mit einem befreundeten Anwalt eine Beratungsfirma gegründet. Dies und die hieraus resultierenden Nebeneinkünfte hatte er sofort vorschriftsmäßig angemeldet.

Dies bestätigt auch der Präsident des Nieders. Landtages Gansäuer (CDU), der erklärt, dass Gabriel seinen Mitteilungspflichten entsprechend den Verhaltensregeln in umfassender und über das gebotene Maß hinausgehender Weise nachgekommen ist.

Es ist deshalb ebenso unverständlich wie durchsichtig, wenn nun versucht wird, diesen Sachverhalt zu skandalisieren.

Der Landtagspräsident riet Gabriel sogar von einer Veröffentlichung ab. „Wie gut, dass ich nicht auf ihn gehört habe, sondern immer für Offenheit war!“ erklärt Sigmar Gabriel in seiner mit viel Beifall bedachten Rede.

„Was jetzt daraus gemacht wird, kann man nur als Kampagne gegen mich bezeichnen. Ich habe nie Nebeneinkünfte

ohne Gegenleistung erhalten!“ Diese politische Kampagne schadet außerdem in erheblichem Maße dem Volkswagenkonzern, dem größten Arbeitgeber Niedersachsens!

Anschließend ging Gabriel auf die Finanzpolitik des CDU-Ministerpräsidenten Wulff ein. Der sperrt sich im Bundesrat gegen Subventionsabbau. Doch der Abbau von Subventionen

würde Millionenbeträge in die Landeskasse bringen. Stattdessen kürzt Wulff die Blindenunterstützung und führt Hochschulgebühren ein. Und statt den vom Bund geförderten Ausbau der Ganztagschulen zu unterstützen, stellt das Land die dafür notwendigen zusätzlichen Lehrkräfte nicht ein.

Nach seiner Rede sang Gabriel gemeinsam mit dem Seemanns-

Chor Debstedt „Nordseewellen“. Anschließend wurde die Veranstaltung mit einem gemeinsamen Essen viel Musik und weiteren Rednern fortgesetzt. Es sprachen u. a. Annette Faße (Bundestagsabgeordnete), Claus Johannßen und Rudolf Robbert (beide Landtagsabgeordnete) sowie Daniela Krause-Behrens (Unterbezirksvorsitzende).

240 Besucher nahmen an dieser Veranstaltung in Langen teil, die wieder einmal hervorragend organisiert war. Vielen Dank dafür dem Vorsitzenden der AG 60plus, Rolf Vicariesmann, seinen Stellvertretern Traute Meuser und Kurt Kruppke sowie allen, die an der Durchführung dieser Veranstaltung beteiligt waren. Wir freuen uns schon auf den nächsten Neujahrsklönchnack!



Vinothek Ahlfeld
Weine, Brände und Naturprodukte

Ziegeleistraße 25 · 27607 Langen
☎ (0 47 43) 67 45

Öffnungszeiten:
Mo.-Fr. 10-13 Uhr
15-19 Uhr
Sa. 10-16 Uhr

WEINE
BOCK
PRÄSENT
KÖRBE
BISQUIT
SEKTE

Hasch
in Körbchen

Vinothek und Naturprodukte
Marmeladen
Säfte
Hefig
Wurst

Fixig und für
alle Arten
Abfüllen

Heizung
Badideen
Wärmepumpen
Solarenergie
Klimatechnik
Haustechnik

VHG

Vollath & Goldbeck GmbH
Lavener Weg 9
27607 Langen
Tel.: 04743/6206
Fax: 04743/4125
info@vollath-goldbeck.de
www.vollath-goldbeck.de

Erst kommen wir
... und dann
das Licht

**elektro
SCHULZ**

ELEKTRO-INSTALLATION
ALARMANLAGEN
ANTENNENBAU
KUNDENDIENST

Im Steinviertel 18-20
27607 Langen
fon 04743/8432
fax 04743/8070

E-Mail: info@schulz-elektro.de
Internet: www.schulz-elektro.de

Unsere Frau in Berlin, Annette Faße, MdB:



Annette Faße

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Vorsitzende des
Ausschusses für Verkehr, Bau-
und Wohnungswesen

Liebe Leserinnen und Leser,

Beruf oder Familie? Diese Frage sollen sich Eltern nicht stellen müssen. Denn nur wenn es möglich ist, Beruf und Familie zu vereinbaren, werden sich Frauen und Männer leichter für Kinder und Familie entscheiden. Es besteht Konsens darüber, dass wir eine bessere Betreuung, Bildung und Erziehung unserer Kinder brauchen. Wir wollen ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für alle Altersgruppen schaffen. Der Ausbau der Kinderbe-

treuung ist Teil einer neuen nachhaltigen Familienpolitik. Nach jahrzehntelanger ausschließlicher finanzieller Unterstützung, muss nun auch der Weg zu einer familienfreundlichen Infrastruktur gefunden werden.

Das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (Tagesbetreuungs-ausbau-gesetz - TAG) sieht vor, dass die für die Kinderbetreuung zuständigen Länder und Kommunen ihre Betreuungsangebote in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege für die unter Dreijährigen ab 2005 so erweitern, dass sie dem Bedarf von Eltern und ihren Kindern entsprechen. Der Bund stellt hierfür, obwohl Länder und Kommunen die Finanzierungsverantwortung für den Ausbau der Kinderbetreuung tragen, die Finanzierungsgrundlage im Wege der Entlastung der Kommunen bereit. Die Kommunen werden ab dem Jahre 2005 durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe um

bundesweit 2,5 Mrd. Euro jährlich entlastet. Diese Entlastung der Kommunen dient der Stärkung ihrer Investitionskraft und dem Ausbau der Kinderbetreuung. Ziel ist es, Eltern und Familien zu stärken, die frühkindliche Förderung zu verbessern und junge Menschen in ihren vorhandenen Kinderwünschen zu unterstützen.

Bis 2010 soll das Angebot an Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen quantitativ und qualitativ an das westeuropäische Niveau herangeführt werden. In einem ersten Schritt sollen bis Sommer 2006 die Plätze in Tageseinrichtungen und Tagespflege in Westdeutschland verdoppelt werden. Mit dem TAG stellen wir sicher, dass Eltern von Kleinkindern in Arbeit vermittelt werden können. Der Fallmanager im Jobcenter hilft weiterhin bei der Arbeitssuche, stellt künftig aber auch sicher, dass das Kind betreut wird, während die Eltern arbeiten. Das ist vor allem für Alleinerziehende von großer Bedeutung.

Auch die Wirtschaft wird vom TAG profitieren. Sie verfügt über motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Familie und Beruf unter einen Hut bringen können. Nach einer Babypause können gerade hoch qualifizierte Frauen schneller wieder in ihren alten Beruf zurückkehren. Das sichert das Know-how, die Wachstums- und Innovationsfähigkeit und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens. Kommunen mit bedarfsgerechten Betreuungsangeboten haben deshalb bessere Karten bei der Neuansiedlung von Unternehmen. Das führt zu höheren Steuereinnahmen im Kommunalhaushalt. Außerdem profitieren die Kommunen von der Entlastung der Sozialkassen, die auch durch eine bessere Integration von Eltern in den Arbeitsmarkt erreicht wird.

Unabhängig von all dem sage ich: Für Kinder braucht man Zuversicht und Optimismus. Wenn von Kindern nahezu ausschließlich als materieller Last, als Armutsrisiko, als Mühsal und Plage die Rede ist, dann dürfen

wir uns nicht wundern, wenn vernünftige Menschen, diese Lasten und Risiken nicht auf sich nehmen wollen. Reden wir also, die wir Kinder haben, ein bisschen häufiger von Kindern als das, was sie für mich für uns alle an erster Stelle sind, eine Freude für die es sich lohnt zu leben, zu arbeiten und Politik zu machen.

Für Anfragen und Anmerkungen stehe ich Ihnen natürlich gerne zur Verfügung:

Tel. 04743 - 8500 (Büro Langen) oder

030 - 227 73434 (Büro Berlin),
mail: annette.fasse@bundestag.de,
Internet: www.annette.de.

Bildung - Grundlage für unsere Gesellschaft

Referentin:
Nicolette Kressl,
stellvertretende
Bundestagsfraktionsvorsitzende

Am 9. April
von 10.00 bis 13.30 Uhr
im Lindenhof

Turnhallen Sanierung kontra Wirtschaftswege-Unterhaltung?



Johann Lüdemann

Diese Frage stand unter anderen im Mittelpunkt der Haushaltsberatung im Stadtrat Langen am 31.01.2005. Die Landwirtschaft ist in der Elbe-Weserregion ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, das gleiche gilt für die 110 landwirtschaftlich produzierenden Betriebe in der Stadt Langen. Eine wichtige Voraussetzung für eine gut betriebswirtschaftlich geführte Landwirtschaft ist, dass die Wirtschaftswege in einem guten Zustand sind. Dazu ist die Stadt auch aus Sicherheitsgründen verpflichtet.

Durch die ständig schwerer werdenden landwirtschaftlichen Fahrzeuge und die Nicht-Einhaltung der vorgeschriebenen Geschwindigkeiten, werden die Schäden ständig größer. Die Gesamtlänge aller Wirtschaftswege beträgt in der Stadt Langen 229,75 Kilometer. 164 Kilometer davon sind Sand- und Schlackewege, die restlichen 65 Kilometer sind Asphalt-Beton-Verbundstein- und Spurplattenwege. Die Instandhaltung und der Ausbau des umfangreichen Wegenetzes verursacht der Stadt erhebliche Kosten. Es geht bei der Instandhaltung nicht nur um die Fahrbahndecke, sondern auch um die Wegegraben- und Wegeseitenräumung.

An der Wirtschaftswegeunterhaltung sind die Landwirte in der

Stadt Langen -mit der Ausnahme bei der Grabenräumung seit 2005- kostenmäßig nicht beteiligt.

In vielen anderen Gemeinden ist es die Aufgabe der Anlieger, die Pflege der Wegeseitenräume-Grabenräumung, Buschbeseitigung, Mulchen und Schlegeln- selber zu erledigen.

Der Haushaltsansatz für Wirtschaftswege- Unterhaltung ist in diesem Jahr - gegen die Stimmen der SPD/Grüne - um 35.000,-Euro =75% erhöht worden. Wir sind der Auffassung, dass die Mittel für die desolate Turnhalle am Hirschweg notwendiger gewesen wären.. Eine aktuelle Notwendigkeit für die Erhöhung der Mittel für Wirtschaftswege-Unterhaltung ist nicht gegeben.

Ein weiterer erheblicher Kostenfaktor ist der Wirtschaftswege-Ausbau. Laut der Satzung für Straßen -und Wegeausbau haben Anlieger bei erneutem Ausbau von Straßen und Wirtschaftsweegen fünfundsiebzig Prozent der Kosten zu tragen. Die Landesregierung Niedersachsen hat 1999 ein Programm für den Wirtschaftswege -Ausbau beschlossen, das sogenannte „Pro-Land-Programm“. Die Stadt Langen hat in Verbindung mit dem Amt für Agrarstruktur eine Prioritätenliste erstellt, in der eine Wegstrecke

von 13320 Metern als förderungswürdig angesehen wurde die mit zirka fünfzig Prozent der Kosten gefördert wird.

Der Rat der Stadt Langen hat auf Grund der finanziellen Situation der Landwirte beschlossen, eine „Sonderbeitragssatzung“ zu verabschieden, in der festgelegt wurde, dass der Anteil der Beitragspflichtigen auf Null zu setzen ist.

Nachdem 8130 Meter der Wegstrecke fertiggestellt sind, belaufen sich die Gesamtkosten für die ausgebaute Strecke auf 755.000,-Euro, das Land hat einen Zuschuss von 400.000,-Euro gewährt, verbleibende Kosten für die Stadt betragen somit 355.000,-Euro. Nach der Satzung hätten die Landwirte 268.000,-Euro zuzahlen müssen. Eine großzügige Regelung, die sich andere Gemeinden kaum leisten können. Es stellt sich aber auch für uns die Frage, ob wir in Anbetracht unserer Verschuldung von 30MioEuro uns solch eine Subventionspolitik noch leisten können?

Fazit: Bei gutem Willen Aller wäre die Sanierung der Turnhallen möglich gewesen, ohne dass ein Landwirt an der Ausübung seines Berufes gehindert gewesen wäre, aber das war politisch natürlich nicht gewollt!

Das Mentoring- Programm der Landesregierung und die Frauenpolitik im Landkreis

Rotraut Keßler

Nach der vernichtenden Abstimmung im Kreistag am Aschermittwoch über den Erhalt der Stelle der Kreisfrauenbeauftragten stellt sich die Frage, ob die Forderung der Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, Frau Dr. Ursula von der Leyen (CDU) „Politik braucht eine weibliche Sichtweise“ hier im Landkreis bei sehr vielen Kreistagsabgeordneten überhaupt wahrgenommen wird. Wenn die CDU/ FDP mit Mehrheit

beschließt, dass Frauenarbeit in weiten Teilen im Ehrenamt geschehen soll, dann kann das nur bedeuten, dass der Anspruch des Mentoring-Programms „Politik mit Perspektive braucht weibliche Nachwuchskräfte“ zu einer hohl klingenden Formel wird.

Sollen Frauen für die politische Arbeit gewonnen werden, bedarf es anderer Signale, z.B. Frauensolidarität ohne Gesichtverlust. Um solche Hürden zu überwinden wünsche ich mir, dass viele Frauen den Schritt in die Politik wagen.

Als zugewähltes Mitglied im Ausschuss für Jugend, Sport und Soziales sowie als Vertreter in der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserverbandes Wesermünde-Nord saß bisher Herr Rüdiger Knopp. Da Herr Knopp nach Bremerhaven verzogen ist, konnte er diese Aufgaben nicht weiter wahrnehmen. Wir freuen uns, mit Herrn Sven Ahlf, der auch für die SPD im Ortsrat Debstedt sitzt, einen jungen, engagierten Nachfolger gefunden zu haben.



Cordes 2/70



Gardinen, Rollos, Jalousetten,
Plisseestores und vieles mehr
Beraten, Ausmessen
Montage, Gardinen waschen

Ziegeleistr. 18 · 27607 Langen
Telefon (0 47 43) 81 58
Telefax (0 47 43) 49 11

dierungskonzept zu erarbeiten. Auch da haben es uns andere Gemeinden schon vorgemacht, wobei man sicherlich fragen kann, ob alle Sparvorschläge immer sinnvoll sind, wie zum Beispiel der Vorstoß in Hagen, die Verantwortung der Kindergärten an den Kreis zurückzugeben.

Es darf aber keine Tabuthemen geben. Wir müssen uns zum Beispiel fragen, ob wir uns tatsächlich einen ersten Stadtrat leisten können, der nicht gleichzeitig - wie es z.B. in Loxstedt der Fall ist - auch einen Fachbereich leitet (Einsparpotential ca. 25.000 €) oder die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für einen Baureferenten (Kosten: ca. 30.000 €). Alles muss auf den Prüfstand, um eine weitere Erhöhung des strukturellen Fehlbedarfs zu verhindern und der gesetzlichen Vorgabe, einen ausgeglichenen Verwaltungshaushalt zu haben, wieder näher zu kommen.

Zusätzlich ist die SPD der Ansicht, dass innerhalb des Haushaltes die Prioritäten anders zu bewerten sind. Im Haushalt sind für die Sanierung der Wirtschaftswege insgesamt 80.000,00 € vorgesehen. Dies entspricht einer Erhöhung zum Haushalt 2004 um mehr als 75%, sprich: 35.000,00 €. Bereits im Jahr 1999 (2001) wurde vereinbart, dass für die Erhaltung der Wirtschaftswege nicht mehr als 100.000,00 DM pro Jahr ausgegeben werden soll. Im Herbst 2004 hat eine Bereinigung der Wirtschaftswege stattgefunden. Die jetzt vorgesehenen Mittel sollen notwendig sein, um die Wege in einen verkehrssicheren Zustand zu versetzen. Wann ein Weg nicht mehr verkehrssicher ist, scheint aber von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich beurteilt zu werden. So sind die Wege in Wanna teilweise wesentlich

schlechter, eine Grabensäuberung durch die Gemeinde findet überhaupt nicht statt. Angesichts leerer Kassen muss man sich dann ernstlich überlegen, ob wir uns den Jaguar unter den Wirtschaftswegen leisten müssen oder ob nicht auch die Landwirte auf einen VW umsteigen müssen. Wir sind der Ansicht, dass es notwendiger ist, unseren Grundschulern und den Sportlern eine ordentliche Turnhalle zu bieten. Den Landwirten können wir deshalb zumuten, die Instandhaltung der Wirtschaftswege auf mehrere Jahre zu verteilen, das heißt, für die Unterhaltung der Wege, wie auch im letzten Jahr, in den Haushalt 45.000,00 € einzustellen und die frei werdenden Gelder in Höhe von 35.000,00 € für die Sanierung der Turnhalle zu verwenden.

Wir konnten in den letzten Tagen mit Verwunderung in der Zeitung lesen, dass die CDU plötzlich die Sanierung der Grundschulen und die Jugendpflege für sich entdeckt hat und rotzfrech so tut, als sei dieser Vorschlag von ihnen. Insbesondere die Aufstockung des Ansatzes für Lehr- und Lernmittel hält die CDU laut Zeitungsbericht für notwendig. Dies verwundert vor dem Hintergrund, dass die CDU in der letzten Haushaltssitzung Anfang 2004 geradezu zum Jagen getragen werden musste, um unserem Antrag, den sie jetzt als ihren Antrag verkaufen will, auf Aufstockung der Mittel zuzustimmen. Wahrscheinlich wird die CDU nächstes Jahr verkünden, sie hätte den Antrag auf sofortige Sanierung der Turnhalle gestellt. Wir freuen uns natürlich, wenn die CDU dazulernt!

Leider hat die CDU aber nicht ausreichend dazugelernt. Ihr ist es wichtiger, ihre potentiellen Wähler, die Landwirte zu befriedigen, - schließlich wird im nächsten Jahr gewählt -, als dafür Sorge zu tragen, dass unsere Kinder in einer vernünftigen Turnhalle ihren Sport ausüben können.

Jubilarehrung

Traditionell ehrte der SPD-Ortsverein Langen die langjährigen Mitglieder. Dazu wurden alle Mitglieder zu einem Matjesessen eingeladen, gefeiert wurde im Schützenhaus Langen.

Elf verdienstvolle Mitglieder wurden während der Feierstunde vom stellv.-Vorsitzenden Johann Lüdemann geehrt, leider konnten nicht alle Jubilare an der Feier teilnehmen. In seiner Laudatio dankte Lüdemann allen Jubilaren für ihre Treue und ihr Engagement. Sie hätten sich trotz „starken politischen Gegen-

wind“ nicht beirren lassen und loyal zur Partei gestanden. Lüdemann erinnerte vor allem daran, dass „Wir“, die SPD, die Grundwerte Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität, niemals aus den Augen verlieren dürfen.

Besonders würdigte Johann Lüdemann den ältesten Jubilar Heinrich Bartels, 84 J. Trotz seines Alters ist er immer noch sehr aktiv. Sowohl als Beisitzer im Unterbezirksvorstand der AG 60plus als auch im Ortsvereinsvorstand, wo sein Rat nach wie vor gefragt ist.

Für **10-jährige** Mitgliedschaft wurden geehrt: Christine Sturmheit-Alester, Christine Hanisch und Oliver Taube.

Für **25 Jahre:** Gisela Fischer, Renate Jachenholz, Guido Hoffmann, Heinz Tieck und Heinz Weber.

Für **40 Jahre:** Heinrich Bartels, Hermann Lindstedt und Harald Wittmann.



Auf dem Bild von links: R. Jachenholz, C. Sturmheit-Alester, G. Fischer, H. Bartels und J. Lüdemann

Friedrich Geidel
 Schierholzweg 16
 27578 Bremerhaven
 Straßen- und Tiefbau
 Elektromontage

Hinweis:
 Jeden 2. Donnerstag im Monat bietet die Ortsbürgermeisterin von 16.30 bis 17.30 im Bürgerbüro eine Sprechstunde an.
 Termine:
 10. März, 14. April, 12. Mai, 9. Juni u. 14. Juli.
 Im August ist Pause.
 Die folgenden Termine werden rechtzeitig bekannt gegeben.
 Im Bürgerwald soll wieder gepflanzt werden. Am Freitag, den 8.4.05 ist die Möglichkeit gegeben, aus einem besonderen Anlass einen Baum zu pflanzen. Informationen und eine Broschüre erhalten Sie im Bürgerbüro, Tel. 937-230 oder privat 8170

Integrative Kindertagesstätte Hausfrühförderung · Hort
 Weißdornweg 25 · 27607 Langen · Tel.: 04743/ 27 54 74

- Integration statt Ausgrenzung
- Ganzheitliche Entwicklungsförderung
- Gezielte Sprachförderung
- Therapeutische, heilpädagogische und medizinische Fachkräfte
- Kreative, musische und motorische Inhalte
- Altersübergreifende Gruppen von 3 bis 12 Jahren

Elbe-Weser Werkstätten EWW
 Gemeinnützige GmbH
 Mecklenburger Weg 42 · 27578 Bremerhaven
 Telefon: 0471/ 689 112 · www.eww-wfb.de

AG 60plus
 Die AG 60 plus im SPD Ortsverein Langen führte am 25.01.2005 im Seniorenentwurf den traditionellen Neujahrsempfang durch. Als Gäste konnten wir die Ortsbürgermeisterin Rotraut Keßler, die stellvertretene Ortsbürgermeisterin Renate Jachenholz und den Vorsitzenden der AG 60 plus im Kreis Cuxhaven Rolf Vicariesmann begrüßen.
 Bei einem reichhaltigen Frühstück wurde über die Probleme der Senioren in der Stadt Langen und Kreis diskutiert. Die Veranstaltung war sehr gut besucht.
Die nächsten Termine im Seniorentreffpunkt:
 22.02.05 · 29.03.05
 26.04.05 · 31.05.05
 28.06.05
 immer um 15.00Uhr

MAYER-STRUWE
STURMHEIT-ALESTER
 WOLFGANG MAYER-STRUWE
 RECHTSANWALT
 Tätigkeitschwerpunkte:
 Erbrecht und Baurecht
 CHRISTINE STURMHEIT-ALESTER
 RECHTSANWÄLTIN
 Fachanwältin für Familienrecht
 Bgm.-Smidt-Straße 9-11 · 27568 Bremerhaven
 Telefon 04 71 / 80016-0 · Telefax 04 71 / 80016-18